



MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

5/2019 (Dez.-Feb.)

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Liebe Leserinnen und Leser,

bald beginnt das Jahr 2020. Zuvor noch ein Blick auf das Jahr 2019.

Es hat uns viel abverlangt, dieses 2019. Klimatisch wie bereits das Jahr 2018 – sehr heiß und sehr trocken. Zahlreiche Ereignisse, insbesondere Wahlen mit den vorangestellten Wahlkämpfen, haben uns stark gefordert. Die Kommunal- und Europawahlen am 26. Mai, Landtagswahlen am 1. September. Alle Wahlen waren für uns LINKE ein Debakel. Starke Verluste führten zu erheblichen Mandatseinbußen in der SVV und im Kreistag. Unsere Landtagsabgeordnete schaffte leider nicht den Wiedereinzug ins Parlament.

An dieser Stelle nochmals ein großes Dankeschön an alle Wahlkämpfer, an alle bisherigen Abgeordneten und sachkundigen Einwohner in den Ausschüssen für ihre jahrelange Tätigkeit und ihr Engagement. Besonderen Dank an Anke Schwarzenberg für ihr engagiertes Wirken im Landtag. Ihre fachlich vorzügliche Arbeit wurde auch von Menschen aus anderen politischen Lagern anerkannt und wertgeschätzt. Sie war und ist uns stets eine zuverlässige und impulsgebende Unterstützung im Ortsverband. Im September wählten wir einen neuen Ortsvorstand mit sechs Mitgliedern, der die zukünftige Arbeit stemmen will. Dabei hoffen wir auf eine breite Unterstützung der Basis.

Auf der Weltbühne hat sich leider wenig zum Guten verbessert. In den USA regiert weiterhin Herr Donald Trump. Ein Amtsenthebungsverfahren wird von den Demokraten angestrebt, jedoch ist der Ausgang ungewiss. Kriege in Afrika, in Syrien und militärische Konflikte in vielen Teilen der Welt beunruhigen. Mit Unwahrheiten und Lügen wird Politik gemacht – auch in unserem Land. Der raue und aggressive Ton ist besonders in der Politik spürbar.

Richten wir den Blick jedoch nach vorn.

Die schlechten Wahlergebnisse sind innerparteilich noch längst nicht aufgearbeitet. Wenn wir die Menschen zukünftig wieder erreichen wollen, bedarf es einer ehrlichen Ursachenermittlung. Der Landesparteitag Anfang 2020 bietet eine weitere Gelegenheit dazu. Nutzen wir die Möglichkeiten, uns aktiv an den Diskussionen zu beteiligen. Die Parteispitzen im Land und auf Bundesebene werden 2020 neu gewählt. Es gilt, die geeignetsten Kandidaten zu unterstützen. Unser Anspruch nach Gerechtigkeit und sozialem Frieden erfordert unsere ganze Kraft. Lassen wir nicht zu, dass Hass und Gewalt das Miteinander bestimmen. Unser Ziel ist eine solidarische Gesellschaft, die stets Rücksicht auf die Schwächeren nimmt. Dafür werden wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen.

Besinnliche Tage im Kreise unserer Lieben liegen vor uns. Nutzen wir diese Zeit, um Kraft zu tanken. Wir wünschen Ihnen eine schöne Weihnachtszeit und bleiben Sie gesund. Es wäre gut, wenn wir auch im kommenden Jahr auf Ihre Mitwirkung und Ihre Ideen für unsere Stadt zählen können.

Bis dahin verbleiben wir

Cornelia Janisch
Ortsvorsitzende DIE LINKE

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender SVV DIE LINKE

Ulrike Werschnick
Sprecherin der AG Malxeblatt



Es dauert jetzt immer etwas länger



Nach den Wahlen 2019 hat sich die Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung deutlich verändert. Mehr als die Hälfte der Mitglieder ist neu.

In der Folge wird mehr diskutiert und so manche Fraktion merkt, dass die kommunalen Fragen von außen viel einfacher aussehen, als sie dann in der SVV auch sind. Beim Haushalt wollten AfD und GfF (Gemeinsam für Forst) an der Personalschraube drehen und die Schaffung neuer Stellen verhindern. Leider werden die meisten Stellen dringend gebraucht, weil zusätzliche Aufgaben erfüllt werden müssen. Wenn das Land die Regeln für die Ehrenamtler der Feuerwehr ändert,

muss in der Verwaltung die entsprechende Arbeit gemacht werden. Gleiches gilt für Kitapersonal und Sozialarbeit. Am Ende einer endlosen Debatte blieb eine neue Stelle, die jetzt unter Genehmigungsvorbehalt der SVV steht. Dabei geht es um die Entwicklung des Klinger Sees, an dem die Stadt einen kleinen flächenmäßigen Anteil hat. Alle anderen Stellen können besetzt werden. Der Haushalt wurde mit klarer Mehrheit beschlossen. Der Knackpunkt der Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht wird ein Investitionskredit von über 1 Million Euro werden, denn in den vergangenen Jahren wurden Kreditaufnahmen immer verboten. Aber in Zeiten, wo Kredite zusätzliche Zinsen einbringen und das Sparen Geld kostet, haben sich die Regeln vielleicht geändert. ➤ S. 2

Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen, ihr bildungsverwöhnten Forster, euer geliebtes Malxeblatt kommt mit einer sehr guten Nachricht, die für unsere eiteln, von sich so überzeugten Bundes-, Landes- und Kommunalen Möchtegern-Fürsten endlich die Erlösung bringt: Bildung wird abgeschafft und die Kinder schicken wir ins Internet – es ist einfach keine Kohle da! Unsere Bundesrepublik zählt zu den drei ärmsten Ländern dieser Erde, da können wir es uns nicht leisten, Knete für etwas rauszuschmeißen, was sowieso keinen Erfolg bringt. Die kleinen »halbhohen Ungeheuer« in den Schulen können weder lesen noch schreiben, Fleischer steigen als Biolehrer ein und Hotelfachfrauen versuchen sich als Bildungsminister, wir müssen nicht solange warten, bis aus PISA Pizza geworden ist. Machen wir einfach aus der Friday-for-Future-Aktion eine »from Monday-to-Friday-for-Future«-Bewegung!

Seit 30 Jahren bastelt man an dieser Idee, endlich wird sie umgesetzt. Jetzt muss unser Landgraf, Entschuldigung Versprecher, natürlich unser Landrat Balte-Klüger nicht mehr heulen, dass er kein Geld für Kindergärten und für den Schülerverkehr hat und er nicht weiß, wie er die Diätenerhöhung und die gestiegene Aufwandsentschädigung für sich selbst und seine nur ihrem Gewissen und den Bürgern verpflichteten Dienstleistern bezahlen soll. So zieht nun vorweihnachtlicher Friede in die Amtsstuben ein und unsere Menschen auf den Forster Straßen, zumindest auf denen, die mal nicht gesperrt sind, und in diversen Verkaufseinrichtungen erleben die Folgen des Wettbewerbs »Leere Regale, volle Gänge, pack mit aus!«, bei dem Kaufland seit Monaten ganz vorn mitmischte zur Freude der Kunden. Haltet durch auch wegen der Hohenzollern, eng wird es erst, wenn die Brühlsche Nachkommenschaft ihre Ansprüche auf die Herrschaft Forst anmeldet, bis dahin uns allen ein besinnliches und friedliches Weihnachtsfest!

Tschüss,
Euer Schorschel!

Es dauert jetzt ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Wir haben in diesem Jahr dem Haushalt zugestimmt, obwohl unsere Vorbehalte zum Abriss der Innenstadt und zur grünen Mitte unverändert sind. Allerdings verlangt die Sitzverteilung in der SVV ein pragmatisches Handeln – dem haben wir uns unterworfen.

Nicht nur die neuen Fraktionen entdecken plötzlich alte Themen. Auch die CDU will jetzt auf einmal eine innerstädtische Brücke über die Neiße. Seit mehr als zwanzig Jahren hat keine Partei so heftig gegen eine solche Brücke gekämpft wie die CDU. Die AfD existierte ja damals noch nicht. Dort behauptete der frühere CDU-Abgeordnete Herzberg, schon immer für eine Brücke in der Innenstadt gewesen zu sein. Hier ist mit dem Parteiübertritt offensichtlich auch das Erinnerungsvermögen abhandengekommen. Wir

haben sehr wohl zur Kenntnis genommen, dass aktuell alle Fraktionen eine Brücke befürworten. Mal sehen, wie lange diese Positionierungen Bestand haben. Die neue Chefin der Forster Wohnungsbau-Gesellschaft hat in der Sitzung der SVV einige erste Eckpunkte für die Zukunft der FWG vorgestellt. Erstmals wurden Ansätze benannt, die hoffen lassen, dass die Gesellschaft endlich in ihren Wohnungsbestand investiert und auch etwas für die Innenstadtbebauung tut. Wir werden darauf achten, dass dies nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben. Die Finanzverwaltung und das Rechnungsprüfungsamt haben in den vergangenen Jahren ordentliche Arbeit abgeliefert. Forst ist in der Region die einzige Gemeinde, die alle Jahresabschlüsse bis 2018 abgerechnet hat. An unserer schwierigen Finanzlage ändert dies allerdings nichts. Auch in Zukunft werden wir Geld ausgeben. Wer z. B. mehr kulturelle Veran-

staltungen will, muss dafür zahlen. Allein das »Steamrose Zeitreise Festival« hat die Stadt mindestens 15.000 Euro gekostet. Das werden auch die Neuen in der SVV begreifen müssen. Die Sparträume sind in den Haushaltsberatungen schnell relativiert worden. Der Spagat zwischen Dienstleistungen für die Bürger bei ständig steigenden Preisen einerseits und Sparwünschen andererseits ist eben ein ziemlich schwieriger.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
der SVV Forst

Spruch des Monats

»Wenn das alte Jahr erfolgreich war,
dann freue dich aufs Neue.
Und war es schlecht,
ja dann erst recht.«

Albert Einstein

Etwa 100 Mitglieder berieten am 02.11.2019 in der Aula des Max-Steenbeck-Gymnasiums in Cottbus über die zukünftige Ausrichtung und personelle Besetzung des Kreisvorstandes. Zu Gast waren die Vorsitzende der Linksfraktion im Landtag Brandenburg, Kathrin Dannenberg, und die rechtspolitische Sprecherin, Marlen Block, die in Cottbus ein Wahlkreisbüro einrichten wird.

Wie bereits bei zurückliegenden Veranstaltungen äußerten viele Parteimitglieder ihre Unzufriedenheit mit den hiesigen Wahlergebnissen und forderten eine Rückbesinnung auf politische Kernziele der Partei wie Frieden, Solidarität, Sozialpolitik und Antifaschismus.

Bei den Wahlen zum Kreisvorstand wurde Matthias Loehr mit 87 Prozent der Stimmen erneut zum Vorsitzenden gewählt. Neu im Team sind Cornelia Janisch (Forst, 2. v.l.) als seine Stellvertreterin sowie Lothar Hoffmann als Kreisgeschäftsführer. Auch Günther Mattern (3. v.r.) vom OV Forst wurde als Mitglied des KV gewählt.

Die LINKE. Lausitz stellt die Weichen Wahl des neuen Kreisvorstandes



Cornelia Meißner

Wir wollen keine Panzertransporte durch die Lausitz!

Resolution – auf Vorschlag des OV Forst

beschlossen auf dem Kreisparteitag DIE LINKE. Lausitz – Cottbus 02.11.2019

In Folge des Ukraine-Konflikts beschlossen im September 2014 die Staats- und Regierungschefs der in der NATO verbündeten Länder auf dem NATO-Gipfel in Wales jegliche praktische militärische und zivile Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland auszusetzen, die politischen Kommunikationskanäle jedoch weiter offenzuhalten. Dieser Beschluss folgte einem Übereinkommen der Außenminister der NATO-Staaten.

Die USA haben auf Bitten der osteuropäischen Nato-Länder zusätzliche Truppen nach Osteuropa gesendet. Mit Rücksicht auf die NATO-Russland-Grundakte erfolgt keine ständige Stationierung, sondern alle neun Monate werden militärische Einheiten ausgetauscht.

Damit geht das verstärkte Wettrüsten in der Welt weiter. Dem wollen wir entschieden entgegentreten!

Die Lausitz wird immer öfter zum Durch- und Aufmarschgebiet für zusätzliche NATO-Truppen. Besonders die Verlegung von Panzerverbänden ist kein Beitrag zur Friedenserhaltung. Panzer sind Angriffswaffen, die dazu dienen, schnell in ein Nachbarland einzufallen. Sie bergen die Gefahr, dass ungewollt Konflikte provoziert werden, die dann nicht mehr zu stoppen sind. Die Angst vieler Polen vor einer russischen Aggression wird damit nicht bekämpft. Dies geht nur mit konsequenter Abrüstung und der Einhaltung internationaler Verträge.

Der Ostukraine-Konflikt zeigt, dass Nationalismus kein Weg für ein friedliches Zusammenleben darstellt. Die Aufnahme der Krim in die russische Föderation darf man getrost als Notwehr gegen das weitere Vorrücken der NATO im Schwarzen Meer verstehen.

Angesichts der wieder in diesen Tagen

einsetzenden NATO-Truppenverlagerung durch die Lausitz fordern wir die Bundesregierung auf:

- sich im Rahmen der NATO für eine Beendigung der Truppentransporte einzusetzen und keine Stationierung weiterer Truppen östlich der früheren Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD zuzulassen, auch nicht mittels »revolve« und
- sich für eine zügige Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen auf allen Ebenen einzusetzen. Die Wirtschaftssanktionen müssen beendet werden. Sie schaden vor allem der ostdeutschen Wirtschaft und verändern die politischen Verhältnisse negativ.

Gegenüber der Landes- und Bundesregierung fordern wir, nicht den Strukturwandel und seine finanziellen Mittel für den Ausbau des Truppenübungsplatzes Oberlausitz zu einer Plattform für Truppentransporte zu missbrauchen.

Am 09.11.2019 fiel vor genau 30 Jahren die Mauer zwischen den beiden deutschen Staaten. Eine Mauer, die am 13.08.1961 errichtet wurde und mehr als 28 Jahre stand.

Sie sollte dem Schutz der DDR dienen. DIE LINKE hat sich intensiv in verschiedenen Gremien, in vielen Gesprächen mit diesem Thema auseinandergesetzt. Im Ergebnis dessen entstand die Erklärung der LINKEN zum Mauerbau, aus der hier nur in Auszügen zitiert wird.

»Der Mauerbau war ein Produkt des Kalten Krieges und der nach dem Zweiten Weltkrieg neu entstandenen bipolaren Weltordnung von Ost und West. Europa war zwischen den Siegermächten aufgeteilt. Die Teilung Deutschlands und Berlins war besiegelt und wurde auch von den Westmächten befördert. John F. Kennedys Aussage, die Mauer »sei keine schöne Lösung, aber tausendmal besser als Krieg« illustriert knapp diesen Sachverhalt. Die sowjetische Führung und im Gefolge die DDR entschie-

den sich 1961 auch zum Mauerbau, um einen Krieg zu verhindern. Dieser war angesichts der fortschreitenden Destabilisierung der DDR und unter den Bedingungen der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa nicht auszuschließen.« ...

»Bis heute haben DIE LINKE und die Arbeiterbewegung am Erbe des Mauerbaus zu tragen. Die Idee des Sozialismus ist missbraucht und diskreditiert worden. Dies nutzen Verteidiger des kapitalistischen Systems bis heute dazu, jegliche Suche nach grundlegenden Alternativen als einen Weg in Mauer und Stacheldraht zu kriminalisieren. Vor allem aber um der eigenen Glaubwürdigkeit willen ist eine klare und eindeutige Positionierung der LINKEN in dieser Frage unabdingbar. Darüber hinaus verfestigte der Mauerbau über Jahrzehnte die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung. Die Nachwirkungen sind

bis heute spürbar. DIE LINKE steht im wiedervereinigten Deutschland für einen gemeinsamen Kampf in Ost und West für sozialen und politischen Fortschritt.« ...

»Eine ehrliche Debatte über die Berliner Mauer erfordert ebenfalls eine Auseinandersetzung mit neuen Grenzen und mit Festungsmentalitäten, die heute bestehen und aufgebaut werden. Tausende Menschen starben in den letzten Jahren bei dem Versuch, die um Europa zur Abwehr ökonomischer und politischer Flüchtlinge errichteten 'Mauern' zu überwinden.« ...

Die Menschen in Deutschland feiern diesen Tag, und das ist gut so. Jetzt wollen wir aber auch, dass die Mauern in unseren Köpfen sowie die Unterschiede, die es noch immer zwischen Ost und West gibt, wie bei Renten und Löhne, verschwinden. Die Zeit war lang genug – jetzt endlich handeln!

Redaktion

30 Jahre Mauerfall!

+++ »Finanzamt Berlin entzieht Antifaschisten Gemeinnützigkeit« +++ »Nazidemos genehmigt« +++

Zwei Schlagzeilen, die mich in den vergangenen Tagen berührt und extrem empört haben. Irgendetwas läuft falsch in Deutschland! Wer hat hier eigentlich noch das Sagen?

Der 30. Jahrestag des Mauerfalls wurde in diesem Jahr allorts gefeiert und gewürdigt. Allerdings hat das angesichts der rechtsextremen Entwicklung auch in unserem Land einen bitteren Beigeschmack. Alles, was ein Großteil der Bevölkerung in Ost und West als positives Ergebnis der Wiedervereinigung betrachtet, gerät in Gefahr, wenn Faschismus und Neonazismus

wieder die Oberhand gewinnen und Menschlichkeit auf der Strecke bleibt.

Ich kann verstehen, dass Menschen von den gegenwärtigen Regierungsverhältnissen enttäuscht sind, Änderungen dringend für notwendig erachten und dem im Wählervotum Nachdruck verleihen. Absolut befremdlich finde ich allerdings, dass viele davon nicht bereit sind, selbst auch nur einen kleinen Beitrag zu Veränderungen zu leisten. Stattdessen wünschen sie Menschen an die Spitze unseres Landes, die Massenmorde als »Vogelschiss in der Geschichte« abtun, Rassen-

hass schüren und mit Humanität und Solidarität absolut nichts am Hut haben. Selbst Mitmenschen, denen ich einen gesunden Menschenverstand zutraute und die ich für fähig halte, hinter die Kulissen zu schauen, wählen oder wählen eine Partei, die aus meiner Sicht mit populistischen und augenscheinlich bewusst gewählten einfachen und eingängigen Schlagworten ihre wirklichen Ziele verschleiert. Das hatten wir doch alles schon einmal! Ich frage mich wirklich, ob wir so wenig aus der Vergangenheit gelernt haben.

► S. 4

► Auch wenn man dem langjährigen guten Bekannten oder hilfreichen Nachbarn nichts Schlechtes zutraut und dieser vielleicht auch tatsächlich nichts Schlechtes möchte, ist er für mich nicht wählbar, wenn er für eine Partei steht, die sich mit Personen wie Gauland, Höcke oder von Storch öffentlich präsentiert. Solche Per-

sonen sind offenkundig bemüht, sich mit fremdenfeindlichen, faschistischen und gewaltverherrlichenden Äußerungen zu übertreffen und gegen alle und alles zu hetzen, was ihren Vorstellungen von einem »starken Deutschland« nicht entspricht. Mich erinnert das an Berthold Brecht: »Der Schoß ist fruchtbar noch aus dem das kroch.«

Deshalb machen mir o.g. Schlagzeilen auch Angst und Sorge um die Zukunft meiner Kinder und Enkel. Dabei haben wir heutzutage alle Möglichkeiten, mit gegenseitigem Verständnis, sachlicher Kommunikation und entsprechendem Engagement das besser zu machen, was nicht gut ist. **M. B.**

Artikel zum Thema »Ein deutsch-polnischer Bürgerdialog« sowie »Für eine Zukunft frei von Hartz IV und Armut – Eine kritische Bilanz nach 15 Jahren Hartz IV« finden Sie auf unserer Internetseite.



Volkstrauertag 2019: Der Ortsvorstand und die Fraktion der Partei DIE LINKE. Forst gedachten anlässlich des Volkstrauertages auch der verstorbenen Antifaschisten und legten an der Gedenkstätte auf dem Hauptfriedhof ein Gebinde nieder.

DIE WÜRDE DES MENSCHEN

Gedanken zur Pogromnacht vom 9. November 1938

»Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Dieser wichtigste Satz aus unserem Grundgesetz geht mir durch den Kopf, wenn ich an den furchtbaren Pogrom, von den Faschisten zynisch Reichskristallnacht genannt, denke. Auch zu Hitlers Regierungszeit war Mord in Deutschland verboten. Wer aus Habgier eine alte Frau ermordete oder einem kleinen Mädchen Gewalt antat, wurde vom Gesetz, aber auch von der Bevölkerung, als Verbrecher angesehen und so behandelt. Trotzdem wurden Millionen Menschen jüdischer Abstammung vor den Augen der Öffentlichkeit vertrieben, ausgeraubt und ermordet. Auch alte Frauen und kleine Kinder. Warum ging kein Aufschrei durch die Bevölkerung? Weil es den Faschisten gelungen war, die Menschen in »Bessere« und »Minderwertige« einzuteilen und daraus ableiteten, dass man gegenüber den »Schlechteren«, »Anderen«, »denen die nicht dazu gehören« die

Gesetze nicht mehr einzuhalten braucht. Das galt sowohl für das geschriebene Recht, als auch für die ungeschriebenen Gesetze der menschlichen Moral. Diese Ideologie verdingte bei vielen, die selbst nicht zu den Bevorzugten gehörten. Die in unsicheren Verhältnissen lebten und in ihrem Leben schon oft gedemütigt wurden. Plötzlich waren sie etwas Besonderes, Besseres und durften Dinge tun, die sonst verboten waren. In Wahrheit ist diese Ideologie nur eine Variante des alten »Teile und Herrsche«-Prinzips und diente auch dazu, die Menschen für den Krieg bereit zu machen. Denn auch im Krieg gelten die Moralgesetze und Tötungsverbote gegen den »Feind« nicht mehr. Aber die Würde des Menschen ist unantastbar, sagt unser Grundgesetz. Damit sich so etwas wie der Pogrom vom 9. November 1938 nicht wiederholt, ist dieser Satz so unendlich wichtig. **Uwe**

PINNWAND

Termine

- in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22
- Sa., 11.01.: **Kommunalpolitische Konversenz**
 - Di., 14.01.: 18.30 Uhr **Fraktionssitzung**
 - Di., 21.01.: 18.30 Uhr **Ortsvorstand**
 - Di., 11.02.: 18.30 Uhr **Fraktionssitzung**
 - Di., 18.02.: 18.30 Uhr **Ortsvorstand**
 - Di., 25.02.: 18.30 Uhr **Fraktionssitzung**
 - Mo., 09.03.: 18.30 Uhr **Redaktionssitzung Malxe-Blatt**
 - Di., 17.03.: 18.30 Uhr **Ortsvorstand**

Jeden letzten Donnerstag im Monat ab 18.30 Uhr **Treff Linksum**

Wahr ist,

dass Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) reinen Männervereinen die Steuervorteile streichen will. **Unwahr ist,** dass in den Aufsichtsräten der DAX-Konzerne nun die pure Existenzangst herrscht. **DS**



Geburtstage

- 24.01.: 67 Jahre Margit Krüger
- 07.02.: 85 Jahre Christa Kannenberg
- 10.02.: 67 Jahre Margitta Bergann
- 10.02.: 86 Jahre Ingeborg Jarmusch
- 13.02.: 78 Jahre Erika Schmotz
- 25.02.: 92 Jahre Helga Schahn

Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all denen, die hier nicht genannt sind!

Original und Kopie

China hat nach nur vier Jahren Bauzeit einen neuen Megaflughafen fertiggestellt. Also den Bau von Flughäfen kopieren die Chinesen schon mal nicht von Deutschland. **OL**

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxebblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen: Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 102 7 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.